

Römertherme hat ein Nachspiel

Kreisverwaltung legt Stellungnahme vor - Bürgermeister fordert Geld für Planungskosten

Der Stadtrat hat sich von der Römertherme „verabschiedet“ („Rund um Boppard“ berichtete). Die Ansicht, dass dieses Projekt zu teuer würde, vertritt auch die Kreisverwaltung als kommunale Aufsichtsbehörde: „Unseres Erachtens gefährdet der Bau und Betrieb der Römertherme daher die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt Boppard“, so die Abschlussbemerkung der Kreisverwaltung in ihrer Stellungnahme vom 25. November 2014. Das Dokument liegt „Rund um Boppard“ vor. Die Kreisverwaltung beurteilt darin u. a. die „geheime“ Analyse der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dienst & Martini vom Oktober 2014 zum Bau und Betrieb der Römertherme (wir berichteten).

Die Kreisverwaltung nimmt aber vor allem Stellung zu den Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf den Haushalt der Stadt Boppard: Die Römertherme hätte eine langfristige jährliche Belastung von über 1,1 Millionen Euro zur Folge gehabt. Durch die Nachschusspflicht zur Abwendung einer Insolvenz wäre die Summe auf über 1,7 Millionen Euro im Jahr angewachsen. Dieser Betrag wäre dann jeweils sofort auszahlungswirksam gewesen, das bedeutet, es hätten in jedem Jahr liquide Mittel in entsprechender Höhe als Finanzüberschuss erwirtschaftet werden müssen. Boppard habe aber im aktuellen

Finanzplanungszeitraum 2008 bis 2017 nur Finanzüberschüsse von 550.000 Euro. Die Deckungslücke wäre vermutlich spätestens ab dem zehnten Betriebsjahr nur durch Aufnahme von Liquiditätskrediten zu finanzieren gewesen. Diese hätten sich bis zum Ende der ersten 20 Betriebsjahre mit Sicherheit auf einen zweistelligen Millionenbetrag summiert.

Durch die Stellungnahme der Kreisverwaltung wird klar, dass es eine aufsichtsrechtliche Genehmigung zur Finanzierung der Römertherme nicht gegeben hätte und damit die wichtigste Bedingung zur Erlangung der Fördermittel aus Mainz nicht erfüllt worden wäre.

Wie die Kreisverwaltung außerdem mitteilte, habe der Landesrechnungshof eine eigene Stellungnahme vorgelegt. Der Rechnungshof habe auf der Grundlage vergleichender Untersuchungen die Szenarien zu Besucherzahlen und Einzugsgebiet der Gutachter con.pro GmbH und Dienst & Martini als nicht zutreffend beurteilt. Demnach wäre die Bilanz der Römertherme noch schlechter ausgefallen. Der Landesrechnungshof habe dem Stadtrat eine Präsentation seiner Analyse angeboten.

Die Stellungnahme der Kreisverwaltung

gibt den Fraktionen CDU, FWG, FDP und Die Grünen im Stadtrat recht. Diese hatten mit knapper Mehrheit alle weiteren Mittel für Planung und Bau der Römertherme im Haushalt auf null gesetzt.

Nach dem Stadtratsbeschluss vom 24. November 2014 hatte Bürgermeister Dr. Bersch den Haupt- und Finanzausschuss per E-Mail vom 26. November 2014 zu einer nichtöffentlichen Sitzung eingeladen. Ein Tagesordnungspunkt: „Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln zur Abrechnung von Planleistungen der Römertherme“. Wie Dr. Bersch auf unsere Anfrage mitteilte, tagte der Haupt- und Finanzausschuss am Dienstag, dem 2. Dezember 2014. Bei dem genannten Tagesordnungspunkt sei es um die Bezahlung von in der Vergangenheit erbrachten Planungsleistungen sowohl der Planungsgruppe monte mare als auch weiterer Fachplaner in den Gewerken Statik und Wärmebedarf gegangen, so Dr. Bersch.

Die CDU-Fraktion hat nach unserer Kenntnis in der genannten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses durchgesetzt, dass alle Aufträge und Rechnungen offengelegt werden. Zusätzlich soll sich der Rechnungsprüfungsausschuss mit der Angelegenheit befassen.

Bericht: Ralf Hübner